

„Entscheidend ist es, den anderen in seiner Identität zu akzeptieren“

Hubertus Schmoldt (* 14. Januar 1945) war von 1995 bis zu seinem Ausscheiden 2009 Vorsitzender der [Gewerkschaft IG Bergbau, Chemie, Energie](#) (IG BCE) sowie deren Vorgängerin IG Chemie-Papier-Keramik. Schmoldt, der 2010 mit dem Großen Verdienstkreuz und 2011 mit dem [Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen](#) ausgezeichnet wurde, ist seit 2006 Senator der Deutschen Nationalstiftung. Im Interview nimmt Hubertus Schmoldt Stellung zu seiner Sicht des Nationenbegriffes und erklärt, was die internationale Politik von der Sozialpartnerschaft lernen kann, mit der die IG BCE ihre erfolgreichen Tarifabschlüsse durchgesetzt hat.

Herr Schmoldt, was bedeutet Ihnen der Begriff Nation?

Hubertus Schmoldt: Nation ist ein Volk mit einer gemeinsamen Kultur, einer gemeinsamen Sprache und einer gemeinsamen Geschichte. Diese Gemeinsamkeiten prägen das Zusammenleben der Menschen. Sie sind der Kitt, der am Ende die Nation zusammenhält.

Hat der Begriff „deutsche Nation“ für Sie darüber hinaus eine besondere Bedeutung?

Schmoldt: Wir müssen uns unserer wechselvollen und schwierigen Geschichte bewusst sein. Wir haben in den vergangenen 200 Jahren mehr Schuld auf uns geladen als andere Nationen. Gerade als Deutsche tragen wir Verantwortung dafür, dass sich die Geschichte nicht wiederholt. Wir müssen uns zu dieser Geschichte und zu unserer Nationalität bekennen – gerade jetzt im zusammenwachsenden Europa. Wir müssen uns bewusst werden, dass wir eine Nation sind und mit diesem Bewusstsein müssen wir in das vereinigte Europa gehen.

Sie sind kurz vor Kriegsende in Posen, dem polnischen Poznań, geboren worden. Welche Beziehung haben sie heute zu ihrer Heimatstadt?

Schmoldt: Ich bin am 14. Januar geboren worden und am 19. Januar wurde das Krankenhaus evakuiert. Das waren nur fünf Tage, zu wenig, um Posen als meine Heimatstadt anzusehen. Dort habe ich keine Wurzeln. Ich war vor zwei Jahren zum ersten Mal wieder da und es gab keinerlei sentimentale Gefühle. Es ist eine schöne Stadt, die Polen haben sie wunderbar restauriert. Gefreut hat mich auch, dass das Hotel, das meine Eltern früher dort hatten, mit seiner Jugendstilfassade immer noch existiert.

Gehören für Sie die Begriffe Heimat und Nation zusammen?

Schmoldt: Das muss nicht zusammen gehen. Man kann sich ja durchaus einer Nation angehörig fühlen, ohne dort zu leben und seine Heimat zu haben. Wobei beides natürlich bei den meisten Menschen zusammenfällt.

Sie haben als Vorsitzender der Gewerkschaft IG BCE mit moderner Tarifpolitik und einem eher partnerschaftlichen Umgang mit den Arbeitgebern große Erfolge erzielt. Kann dieser auch ein Beispiel dafür sein, wie Gruppen unterschiedlicher Interessen oder sogar verschiedene Nationen gemeinsam etwas Positives erreichen können?

Schmoldt: Ja, das kann man durchaus so sehen. Die Sozialpartnerschaft ist ein positives Beispiel, wie man bei allen Gegensätzen zum Erfolg kommen kann. Das entscheidende Element ist, dass man den anderen in seiner Identität akzeptiert. Das gilt für Sozialpartner ebenso wie für Nationen untereinander. Wichtig ist, dass man fair miteinander umgeht und die unvermeidlichen Konflikte offen miteinander austrägt.

Sie standen lange an der Spitze der Föderation Europäischer Bergbau-, Chemie- und Energiegewerkschaften, die sich – so die Website der IG BCE – unter ihrer Führung „zu einer handlungsfähigen, einflussreichen Gewerkschaftsföderation“ gewandelt habe. Ist das eine Rückkehr zur „Internationale“ der Arbeiterbewegung?

Schmoldt: Nein, die „Internationale“ war ja in erster Linie eine Kampforganisation. Wir sind früher ja eher belächelt worden, weil wir angeblich den Unternehmern zu nahe stünden und bereit waren, auch Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen. Das hat sich allerdings gewandelt. Die Vorteile unserer Vorgehensweise und die Erfolge, die wir damit erzielt haben, haben sich herum gesprochen. Auch das kann man auf das Verhältnis von Nationen übertragen: Der vernünftige Umgang miteinander eröffnet neue und weiter reichende Gestaltungsoptionen.

Was spricht angesichts der Globalisierung der Unternehmen gegen die Forderung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ aus dem Kommunistischen Manifest?

Schmoldt: Eigentlich nichts, denn der Grundgedanke ist ja richtig. Wie die Unternehmen brauchen auch die Arbeitnehmer internationale, globale Netzwerke. Deutsche Unternehmen sollen sich auch im Ausland genauso bewegen wie sie es hier tun. Und französische Unternehmen sollen im Ausland nicht anders handeln als in Frankreich. Das muss aber durchgesetzt werden. Die Arbeitnehmer werden Ausbeutung nur dort verhindern, wo sie sich organisieren. Und nur dann, wenn sie verstehen, dass man nicht immer nur mit der „roten Fahne“ durch die Gegend laufen kann.

Birgt die Freizügigkeit für Arbeitnehmer innerhalb der EU auch Gefahren für die nationalen Arbeitsmärkte – sowohl die Gefahr einer Schwemme an billigen Arbeitskräften als auch die Gefahr eines Kompetenzverlustes für die Herkunftsländer von Abwanderern?

Schmoldt: Für die Länder, die darauf angewiesen sind, ist es eine Katastrophe, wenn die gut ausgebildeten Fachkräfte weggehen. Aber die kommen dann ja nicht zu uns, die gehen in andere Länder, weil wir es immer noch nicht kapiert haben, dass wir sie brauchen und wie wir sie für uns gewinnen können. Zu uns kommen doch eher die Menschen, die die einfachen Jobs annehmen. Hier besteht durchaus die Gefahr des Lohndumpings, wenn wir nicht mit branchenbezogenen Mindestlöhnen dagegen steuern.

Die Nationalstiftung geht davon aus, dass die „Idee der deutschen Nation und die Bestimmung unserer nationalen Identität in einem geeinten Europa“ nicht extremen politischen Kräften und den Gegnern der europäischen Integration überlassen werden dürfe. Fürchten Sie angesichts von Entwicklungen wie in Ungarn und Finnland mit Wahlerfolgen extremer politischer Kräfte einen Rechtsruck in Europa?

Schmoldt: Ich glaube, die Gefahr eines politischen Rechtsrucks in Europa war schon einmal größer. Es ist meist ja auch eine Frage der wirtschaftlichen Situation. Wenn es den Menschen schlecht geht, ist die Gefahr groß, dass sie sich politisch nach rechts außen orientieren. Natürlich gibt es immer einen bestimmten Bodensatz – in jedem Land, auch bei uns. Und es ist unsere Verantwortung, dafür zu sorgen, dass diese Leute nicht an Boden gewinnen – bei uns, aber auch in allen anderen Ländern.

Welche Aufgaben haben Sie als Senator der Deutschen Nationalstiftung zu erfüllen?

Schmoldt: Es gibt hier keinen festen Aufgabenkatalog. Das Besondere an der Nationalstiftung ist ja, dass hier Menschen aus unterschiedlichen Bereichen und mit unterschiedlichen Erfahrungen zusammen geführt werden, um gemeinsam darüber nachzudenken, was man für Deutschland und für die deutsche Identität in Europa tun kann. Daran wirken wir Senatoren auf ganz unterschiedlichen Ebenen mit und an diesem Nachdenken und an der ganz konkreten Suche nach Lösungen möchte auch ich aktiv teilnehmen.